

# Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlik, Bernsdorf, Nüsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Mendorfel, Ortmannsdorf, Mülken St. Nicolas, St. Jacob, St. Michael, Stangendorf, Thurm, Niedermülken, Subschnappel und Lirsäheim

Amtsblatt für das **Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein**

Älteste Zeitung im **Amtsgerichtsbezirk**

Nr. 301.

Hauptveröffentlichung  
im Amtsgerichtsbezirk

63. Jahrgang  
Sonntag, den 28. Dezember

Dritte Ausgabe  
im Amtsgerichtsbezirk

1918.

Auf Blatt 13 des Genossenschaftsregisters betreffend den Konsumverein für Heinrichsdorf und Umgegend, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Heinrichsdorf ist eingetragen worden: Richard Engel und Paul Schenkel sind nicht mehr Mitglieder des Vorstandes. Der Kassierer August Hermann Schulte und der Bergwaid Friedrich Hermann Häblich in Heinrichsdorf sind Mitglieder des Vorstandes.

Lichtenstein, am 24. Dezember 1918.  
Das Amtsgericht.

## Lichtenstein.

Margarine, Nr. 1767—Ende Abschnitt U 1, Nr. 1—1766 Abschnitt U 2, 50 Gr. 23 Vb.

Harzer Käse, O. S. M. R. Abschnitt 36, 1 Käse 45 Vg., 1—420 bei Radlo, Nr. 421—843 bei Weß, Nr. 844—1245 bei Reinhold, Nr. 1246 bis 1680 bei Böchner, 1681—2094 bei Mirus, 2095 bis Ende bei Krantenberger.

Hferdefleisch, 1/2 Vb. 90 Vg., R. M. R. A. Abschnitt O 1, Nr. 183—500 8—10 Uhr, 501—727 10—12 Uhr bei Schöninger.

## Wahlvorschläge für die Stadtverordnetenwahl in Lichtenstein.

Meine Bekanntmachung vom 21. d. M. betrachte ich dahin, daß Wahlvorschläge bis zum 12. Januar 1919 einzureichen und Verbindungen von Wahlvorschlägen bis zum 19. Januar 1919 zu erklären sind.

Lichtenstein, am 27. Dezember 1918.  
Bürgermeister Steiner, Wahlkommissar.

## Nachtrag.

### zum Ortsgesetz der Stadt Lichtenstein über die Wahlen von Stadtverordneten vom 18. Dezember 1918.

Wegen der am 19. Januar 1919 stat findenden Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung wird der Tag der Stadtverordnetenwahl in Lichtenstein auf

Sonntag, den 26. Januar 1919

verschoben.

Lichtenstein, am 22. Dezember 1918.

Der Stadtrat.

(gez.) Steiner,

Bürgermeister.

Die Stadtverordneten.

(gez.) Endesfelder,

Vorsitzer.

1074a II

Chemnitz, am 24. Dezember 1918.

Mit Ermächtigung des Ministeriums des Innern genehmigt.

Die Kreisoberbehörde.

(gez.) Koch.

## Stadtverordnetenwahl in Gallenberg betr.

Das von der Amtshauptmannschaft genehmigte Ortsgesetz über die am 5. Januar 1919 stat findende Stadtverordnetenwahl liegt zur Einsichtnahme im Meldeamt aus.

Gallenberg, am 27. Dezember 1918.

Bürgermeister Brahtel.

R. S.-Nr.: 462 II.

## Amtstage.

- 1) In Glauchau: Für die Gemeinden der Amtsgerichtsbezirke Glauchau, Hohndorf, Ködlik und Lichtenstein am Freitag, den 27. Dezember 1918, Nachmittag 1/2, 3 Uhr im Sitzungssaal der Amtshauptmannschaft.
  - 2) In Meerane: Für die Gemeinden des Amtsgerichtsbezirks Meerane, am Sonnabend, den 28. Dezember 1918, Vormittag 11 Uhr in der Schouwirtschaft Gambrius.
  - 3) In Waldenburg: Für die Gemeinden des Amtsgerichtsbezirks Waldenburg, am Sonnabend, den 28. Dezember 1918, Nachmittag 2 Uhr im Rathaus.
- Glauchau, den 21. Dezember 1918.  
Freiherr v. Weld, Amtshauptmann.

R. S.-Nr. 764 XII.

## Öffentliche Tanzvergünstigungen betreffend.

Entscheidungen nicht erlaubter öffentlicher Tanzveranstaltungen in den Zeitungen veranlassen die Amtshauptmannschaft, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß derartige Vergünstigungen an Wochentagen überhaupt nicht, an Sonntagen die nicht regelmäßige Tanztage sind, nur mit Erlaubnis der Amtshauptmannschaft statthaft sind. Mit Rücksicht auf den Kohlenmangel wird Genehmigung für nicht regelmäßige Tanztage unter keinen Umständen erteilt; Nebenentscheidungen haben Sperrung der Kohlenbezugscheine zur Folge.

Glauchau, den 24. Dezember 1918.

Die Amtshauptmannschaft.

Bezirksverband.

R. S.-Nr.: 752 B.

## Betrifft: Fahrradbereifungen.

Alle etwa noch nicht eingelösten Auerkenntnisse für Fahrradbereifungen usw. sind bis spätestens 15. Januar 1919 bei den betreffenden Banken einzulösen. — Nach Ablauf dieser Frist geht der Besitzer seiner Ansprüche verlustig.

Glauchau, am 20. Dezember 1918.

Amtshauptmann Freiherr von Weld.

Nr. 1755 Getr. a.

Bezirksverband.

## Getreide-Ablieferung.

Es wird hiermit nochmals bekanntgegeben, daß die Landwirte bis Ende Dezember dieses Jahres vier Fünftel: 80 Prozent ihrer Ernte an Roggen und Weizen abzuliefern und bis spätestens zum 15. Januar 1919 sämtliche Getreide (Roggen, Weizen, Gerste, Hafer) auszubringen und mit Ausnahme der ihnen im gesetzlichen Umfange zustehenden Mengen zur Ablieferung zu bringen haben. Etwaige Gesuche um Verlängerung der Frist sind unter eingehender Begründung mit Bescheinigung der Ortsbehörde, die den landwirtschaftlichen Vertrauensmann vorher zu hören hat, an den Bezirksverband einzureichen.

Wie bekannt geworden ist, sind viele Landwirte der irrigen Meinung, daß sie mit Rücksicht auf die Demobilisierung keinen Hafer mehr abzuliefern brauchen. Wegen der Knappheit an Brotgetreide wird der vorhandene Hafer zur menschlichen Ernährung dringend gebraucht. Die Landwirte sind daher auch weiterhin verpflichtet, ihre gesamte Haferernte ausschließlich der ihnen gesetzlich zur Kaufkraft zur Ernährung der Selbstversorger und zur Verfütterung zustehenden Mengen abzuliefern.

Zu widerhandelnde machen sich nach § 80 der Reichsgetreideverordnung für die Ernte 1918 strafbar.

R. S.-Nr.: 1242 a Fl.

## Verbot von Hauschlachtungen.

Nach einer anderen Verordnung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums bezieht sich die Verordnung vom 30. November 1918, nach der sämtliche Hauschlachtungen bis spätestens

31. Dezember 1918

durchgeführt sein müssen, nicht nur auf Schweine, sondern auf sämtliches Vieh, das zu Hauschlachtungszwecken gehalten wird.

Glauchau, am 20. Dezember 1918.

Amtshauptmann Freiherr von Weld.

Ich fordere die Parteien des 30. Wahlkreises auf, die Wahlvorschläge für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung spätestens bis Sonnabend, den 4. Januar 1919 in meiner Geschäftsstelle Chemnitz, Stadthaus Poststraße 47, II, einzureichen.

In den Wahlvorschlägen müssen die vorgeschlagenen Personen mit Ruf- und Familiennamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf sowie ihr Wohnort so deutlich angegeben werden, daß über ihre Verlässlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. Es dürfen auf jeder Liste nicht mehr als 12 Personen vorgeschlagen werden. Von jeder vorgeschlagenen Person ist eine Erklärung über ihre Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen. In demselben Wahlkreis darf ein Bewerber nur einmal vorgeschlagen werden.

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 100 im Wahlkreis zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein. Die Unterzeichner haben ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufes oder Standes und ihrer Wohnung beizufügen. Den Wahlvorschlägen sind Bescheinigungen, die die Gemeindeführer unverzüglich gebührenfrei anzustellen haben, beizufügen, wonach die Unterzeichner in die Wählerliste aufgenommen worden sind.

Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden. Die Erklärungen über die Verbindung müssen von den Unterzeichnern oder ihren Bevollmächtigten spätestens Sonntag, den 12. Januar 1919 in meiner oben bezeichneten Geschäftsstelle eingehen. Verbundene Wahlvorschläge können nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden. Die verbundenen Wahlvorschläge gelten

den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag. In den Wahlvorschlägen ist ein Vertrauensmann und ein Stellvertreter zu bezeichnen, der für die Verhandlungen mit mir und dem Wahlkreiskomitee zur Rücknahme der Wahlvorschläge sowie zur Abgabe und Rücknahme von Verbindungs-Erklärungen bevollmächtigt ist. Fehlt die Bezeichnung des Vertrauensmannes, so gilt der erste Unterzeichner als solcher. Erklärt mehr als die Hälfte der Unterzeichner eines Wahlvorschlags schriftlich, daß der Vertrauensmann oder sein Stellvertreter durch einen anderen ersetzt werden soll, so tritt dieser an die Stelle des früheren Vertrauensmannes, sobald mir die Erklärung zugeht.

Unter mehreren Wahlvorschlägen dürfen nicht dieselben Unterschriften stehen. Nicht zugelassen werden Wahlvorschläge oder Verbindungen von solchen, die verspätet eingereicht oder erklärt sind oder den vorstehenden Erfordernissen nicht entsprechen.

In Mittheilung des gemäß § 22 der Wahlordnung vom 30. November 1918 zu bildenden Wahlkreiskomitees habe ich berufen die Herren

1. Regierungsrathmann Dr. Reich,
2. Privatmann Eugen Kummer,
3. Arbeitersekretär Robert Straube und
4. Professor Dr. Behre als Mitglieder

und die Herren

1. Stadtammann Dr. Giffan und
2. Kaufmann Bernhard Winkelmann als Ersatze,

sämmtlich in Chemnitz wohnhaft.

Chemnitz, den 23. Dezember 1918.

Der Wahlkommissar für den 30. Wahlkreis.

Stadtrat Dr. Härtwig.

## Handelschule Glauchau.

Für aus dem Heeresdienst entlassene junge Kaufleute wird in der Zeit vom 7. Januar bis 5. April 1919 ein **Wiederholungs-Kursus mit wöchentlich 22 Unterrichtsstunden** veranstaltet. Durch diese Einrichtung soll kaufmännisches Wissen und praktische Können wieder angefrischt und vorhandene Lücken ausgefüllt werden. Anmeldungen zur Teilnahme werden baldigst erbeten. Nähere Auskunft erteilt gern die Leitung.

## Kurze wichtige Nachrichten.

\* Infolge der Heereien der Liebknechtgruppe ist auf den oberdeutschen Gebieten erneut der Streik ausgebrochen. Die Lage ist ernst, ebenso im Ruhrgebiet, wo die Verhaftung der Rechen gefordert wird.

\* Eine französische Marinekommission ist in der Ostsee eingetroffen zur Kontrolle über die Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen und den Abtransport der Gefangenen.

\* Die neue Kriegsgewinnsteuer, die demnächst veröffentlicht wird, soll dem Reiche einen Ertrag von 8 Milliarden Mark bringen.

\* Die Vermögensbeschlagnahme des preussischen Königskaufes soll Werte von 900 Millionen Mark feststellen haben.

\* Die Wahlen zur sächsischen Nationalversammlung finden am 2. Februar statt.

\* Wilson ist gegen eine Versenkung der deutschen Kriegsschiffe.

\* Die Nieder-Ostpreussischen Verbände haben ihre Entlassung über das schwebende Verhalten der Berliner Volksmarinekommission ausgesprochen, sie stehen geschlossen hinter der Regierung.

\* Russische Zeitungsanzeigen lassen klar Liebknechts Verbindung mit dem Bolschewismus erkennen. — Und so ein Mensch darf heutzutage ungestört weiter an Deutschlands Untergang arbeiten!

\* Die Franzosen vergewaltigen weiter in Elsaß; die Stimmung der Volksmehrheit ist keineswegs auf Seiten Frankreichs. Um die Ansehenden zu täuschen, waren zur Anwesenheit Poincarés in Straßburg 300 französische Mädchen herbeigebracht u. kostümiert worden, die den feindlichen Empfangsinszenierten. Trotz deutschen Protestes ist der Verkehr mit Elsaß-Bohringen zur Zeit völlig unterbrochen.

\* Madonnen in in Roth, eine Stunde von Budapest, im Schloße des Grafen Ladislaus Karolyi interniert, er genießt alle Freiheiten und erfreut sich der Sympathie des ungarischen Volkes.

\* Die Tschechen beanspruchen anscheinend im Einvernehmen mit den Alliierten Ungarn gegenüber die historische Grenze des slowakischen Bodens und infolgedessen größere Gebiete des Landes. Die ungarische Regierung protestiert dagegen.

\* Die Deutschen erstatteten die den Banken von Nordamerika übernommenen Werte, die sich auf annähernd 6 Milliarden belaufen, zurück. — Wie steht es mit der Wiedererstattung beschlagnahmter deutscher Werte?

\* Ein Sachsenruf aus der Ukraine lautet: Alle Angehörigen der sächsischen Zunftstation 304 befinden sich wohl. Seit Wochen ohne jede Postverbindung, entlassen sie allen Lieben das heimliche Weihnachtsgrüße und alles Gute zum neuen Jahr. Wir hoffen, bald wohlbehalten dabei zu sein. Sächsische Zunftstation 304, Ukraine.

## Die sächsischen Nationalversammlungswahlen am 2. Februar.

Dresden. Volks-Sächsischer Landesdienst meldet: Die Wahlen für eine sächsische Nationalversammlung finden am Sonntag, den 2. Februar statt. Es wurde im Gesamtministerium erwogen, ob die Wahlen mit den Wahlen zur Nationalversammlung für das Reich an einem Tage vorgenommen werden können. Die Prüfung des Für und Wider ließ es jedoch erscheinen, hiervon Abstand zu nehmen und einen besonderen Wahltermin auszusprechen. Die sächsische Nationalversammlung wird nicht dieselbe Aufgabe lösen können, wie die gleiche Versammlung für das Reich. Das Gesamtministerium ist nach wie vor der Auffassung, daß die Zeit zu Kleinräuerei für Deutschland als überwunden zu gelten hat, und daß endlich der bereits im Jahre 1848 gehegte Gedanke einer einheitlichen deutschen Republik sich durchsetzen muß. Nur als äußerster Befehl könnte die Föderation selbständiger Bundesstaaten in Betracht kommen. Deshalb kann eine sächsische Verfassung erst dann in Frage kommen, wenn der Einheitsgedanke sich als undurchführbar erweisen sollte. Nur die sächsische Nationalversammlung nicht als Konstituante tätig sein, so wird sie doch ihren

Einfluß gegen eine erneute Zerspaltung des Reiches geltend machen. Darum ist die Berufung der Versammlung für Sachsen notwendig. Das Wahlrecht für das Reich wird auch für Sachsen gelten. Die Wählerlisten der Nationalversammlung gelten für die Wahlen in Sachsen, doch müssen die Wählerlisten noch für weitere zwei Wochen ergänzt werden, um den heimkehrenden Soldaten das Wahlrecht zu sichern. Wahlkreiseinteilung und Vorschlagslisten schicken sich dem Reichstagswahlrecht an. Die Zahl der Abgeordneten wird 96 betragen, und zwar entfallen auf die Wahlkreise Leipzig 24, Chemnitz 36 und Dresden 36 Abgeordnete. Die Gemeindevorstellungen müssen auf diese Wahlen Rücksicht nehmen, damit die Gemeindevahlen nicht am gleichen Tage stattfinden.

## Die tschechische Gefahr für Sachsen.

Unter dieser Ueberschrift schreibt der „Vorwärts“: In Mähren wird unter den wendischen Bewohnern eine starke tschechische Propaganda betrieben, und jetzt bereiten sich beunruhigende tschechische Truppenanordnungen an der sächsischen Südgrenze vor. Unter der Aufsicht französischer Offiziere werden größere tschechische Truppenverbände mit allerhand Kriegesgerät und in Reichenberg in Böhmen eine auffallend große Menge tschechischer Eisenbahnzüge zusammengezogen. Man kann diese Anzeichen, die durch Renferungen der dort weilenden französischen Offiziere bestätigt werden, nur so deuten, daß eine Besetzung sächsischer Gebiete bereits eine beschlossene Sache ist. Nun muß es sich zeigen, so bewerten hierzu die „Dr. N. Nachr.“, ob die Reichsregierung ihrer Aufgabe gewachsen ist. Es ist die höchste Zeit zu einer rettenden Tat. Erfolgt ein feindlicher Einmarsch über Bittau nach Schlesien, dann hat nicht nur Sachsen in vierzehn Tagen keine Noth mehr, wie der „Vorwärts“ meint. Dann stehen u. a. auch in Berlin alle Käder still, und es gibt dann dort höchstwahrscheinlich kein Gas, keinen elektrischen Strom mehr. Die Folgen wären unabsehbar. Die sächsische Regierung kann allein offenbar nichts tun, um das Schlimmste abzuwenden. Jetzt hängt alles ab von den Entschlüssen der Reichsregierung und von ihrer Tatkraft. Die Wendischen scheinen mit dem tschechischen Abtrennungsbestrebungen zu sympathisieren.

Demgegenüber will die Vereinbarung zwischen Prag und Dresden über die Entsendung eines sächsischen Exekutivebevollmächtigten nach Prag wenig besagen. Das kann nur ein schlaues tschechisches Manöver sein, und in der Wahl der Mittel, ihre Pläne zu erfüllen, sind jene Herren niemals besonders rigoros gewesen.

Zur Besprechung einzelner Fragen zwischen den Regierungen der Republik Sachsen und der tschechisch-slowakischen Republik wird sich im Neujahre der ehemalige Minister des Innern Dr. Koch als Spezialgesandter nach Wien und Prag begeben.

## Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 27. Dezember.

\* **Schweres Weihnachtsfest.** Trotz des prächtigen winterlichen Bildes, das während der Weihnachtstage überraschend das Auge erfreute, konnte der Weihnachtsabend doch nicht recht über die Gemüter Macht gewinnen. Inviel des Schwers liegt hinter uns, türmt sich vor uns. Weihnachten ist uns Deutschen sonst ein fest stiller himmlischer Freude gewesen, in diesem Jahre wollte es uns schwer werden mit einzustimmen in die alten befehlenden Weihnachtslieder und uns der Himmelsbotenschaft gewiß zu werden; denn trotz „Friede auf Erden“ feigen wir unter der Last der schweren Waffenstillstandsbedingungen, kämpfen wir vergeblich an gegen den Unverstand gewisser Gruppen unserer Mitmenschen, die aus der gegenwärtigen Lage Deutschlands ihren Vorteil ziehen in unermüdlicher Hebarbeit, blutigen Krawallen, Schürung von Arbeitslosigkeit usw. Dabei Feinde ringsum, die uns die Luft nicht gönnen und in Sondergelassenheit von außen und innen ein Stäck nach dem anderen von Deutschland losreißen müßten, dazu das Verniederliegen unseres Wir-

tschaftslebens mit dem Eisenbahnverkehr, die Gefährdung der Ernährung usw. Wahrscheinlich ein trübes Weihnachten — und den Deutschen kein Wohlgefallen, soweit man die Lage nur äußerlich betrachtet. Mühte daher der Weihnachtsstunde uns innerlich erhardt haben für all die Kämpfe, die uns nach diesen Festtagen bevorstehen gegen Daß, Unvernunft, Boswilligkeit und wie die finsternen Mächte alle heißen: damit es wieder Licht werde auch in unserem deutschen Volk, die Blindheit von dem unbesonnenen Teile desselben genommen werde und das Pflichtbewußtsein erstarke, daß jeder seine Kraft zur Verfügung stellen muß zur Beseitigung des Mißstandes, zum Renouveau und zur Verteidigung unsres Vaterlandes. Wenn diese Erkenntnis in den Weihnachtstagen allenthalben Wurzel geschlagen hätte, daß wir uns aufräusen und wiederfinden, arbeiten und nicht verzweifeln müßten, dann wäre doch ein Weihnachtsfest geblieben und die Hoffnung auf es werde Licht!

\* **Wichtig! Die zukünftige Gewährung von Kriegsunterstützung!** An die Familien einberufener Mannschaften dürfen Kriegsunterstützung nur noch bis zum 31. Dezember 1918 gezahlt werden. Sie werden jedoch über den 31. Dezember 1918 hinaus den Familien solcher Mannschaften weitergewährt, die sich nach dem 30. November 1918 noch bei den Truppen befinden haben und dies durch Bescheinigung nachweisen. Solcher Bescheinigungen bedarf es nicht, wenn sie nach Lage der Verhältnisse nicht beigebracht werden können, z. B. bei den im Osten stehenden Kriegern, in feindlicher Gefangenschaft befindlichen Mannschaften, an der Rückkehr aus dem Ausland infolge feindlicher Maßnahmen verhindert oder vom Feinde verschleppten Personen, in diesen Fällen müssen jedoch von den Unterstützungsempfängern entsprechende Unterlagen (Briefe oder dergl.) vorgelegt werden. Für die Ausstellung der Bescheinigungen sind die Truppenenteile, die Ertruppenenteile und die Bezirkskommandos zuständig. Die Bescheinigungen sind an der bisher zuständigen Zahlstelle abzugeben, andere Unterlagen dagegen der Kanzlei des Kriegsunterstützungsamtes vorzulegen. Ausgeschlossen von der Gewährung der Familienunterstützung über den 31. Dezember 1918 hinaus sind die Familien der Mannschaften, die in Erfüllung ihrer gesetzlichen aktiven Dienstpflicht noch nach dem 30. November bei den Truppen verbleiben. **Beizterbezahlt** wird die Familienunterstützung nach den früheren gesetzlichen Bestimmungen (3 Monate über den Zeitpunkt des Ablebens bezw. der Entlassung des Einberufenen hinaus neben bewilligten Hinterbliebenenbezügen oder Militärverorgungsgebühren) an die Familien Gefallener und die Angehörigen von Rentenempfängern, insoweit das Rentenverfahren bereits eingeleitet ist. Dagegen letzteres nicht der Fall ist — und dies trifft insbesondere bei Vermählten zu — ist gleichfalls eine Bescheinigung beizubringen. Vorläufig haben auch **keinen Anspruch** auf Familienunterstützung mehr die Empfänger von Kriegselterngeld und anderen Zuwendungen.

\* **Dienstjubiläen.** Bei der Steinkohlen-Mitien-Gesellschaft Bockwa-Hohndorf Vereinigteld h. L. konnten im Jahre 1918 21 Arbeiter auf eine 40., 35., 30. und 25jährige ununterbrochene Tätigkeit zurückblicken. Zu einfacher, der Zeit entsprechenden Feier sprach Herr Bergdirektor Steinmayer dem Jubilaten, unter Ausständigung eines Ehrengeldes, den Dank und die Anerkennung des Wertes aus für treue geleistete Dienste. — Auf eine mindestens 30-jährige ununterbrochene Beamten-tätigkeit bei der St. A. G. Bockwa-Hohndorf Vereinigteld können dieser Tage zurückblicken die Herren Obersteiger Steiner und Sindemann in Hohndorf und Buchhalter Kegler in Hohndorf und Lohnrechnungs-führer Tröger in Lichtenstein.

\* **Stundgebung** in Sachen des Religions-Unterrichts und der Trennung von Staat und Kirche. Die Regierung plant einschneidende Änderungen des Religions-Unterrichts in der Schule. Von Ostern ab muß möglicherweise mit völligem Wegfall gerechnet werden, ohne daß Eltern, Lehrerschaft, die Vertreter der Kirche und des Vol-

tes Datum befragt worden wären. Es ist nötig, daß alle an der Kindererziehung beteiligten Kreise dazu Stellung nehmen und ihre Rechte wahren. Darum muß der Kirchenvorstand für Sonntag, den 29. Dezember, nachmittags 4 Uhr zu einer großen Versammlung aller Glieder der Kirchengemeinde auf, die sich hoffentlich zu einer würdigen Kundgebung für christliche Kultur und Erziehung gestalten wird. Die Frage der Kirchentrennung wird dabei von verschiedenen Rednern erläutert werden. Jeder merke sich deshalb Tag und Stunde bereits an! Näheres siehe morgen im Anzeigenteil!

**Postalisches.** Künftig können zur Einlösung von Nachnahmenseudungen Ueberweisungen oder Schecks unter gewissen Voraussetzungen benutzt werden. Der Höchstbetrag der von einem Empfänger zu gleicher Zeit einzulösenden Nachnahmenseudungen ist auf 300 Mark festgesetzt. Die Sendungen werden dem Empfänger ausgehändigt, ohne daß die Gültigkeit der in Zahlung gegebenen Ueberweisungen oder Schecks abgewartet wird. Will jemand von der Verwendung Gebrauch machen, so hat er seine Zustimmung an dem Verfahren bei dem Postamt, in dessen Bezirk er wohnt oder sein Geschäft betreibt, schriftlich zu beantragen. Ueber die Zulassung zu dem Verfahren entscheidet das Postamt. Der Antragsteller erhält einen besonderen Ausweis, der bei der Einlösung von Nachnahmenseudungen mit der Ueberweisung oder dem Scheck zusammen dem Schalterbeamten oder dem Posthalter vorzulegen ist. Der Höchstbetrag der Wertzeichen, die gegen Vorlegung eines besonderen Ausweises vor der Entschreibung des in Zahlung gegebenen Schecks usw. verabsolgt werden können, ist von 50 Mark auf 100 Mark erhöht worden. Nähere Auskunft über dieses Verfahren erteilen die Postämter. Zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs ist es erwünscht, daß von den Neuerungen in weitem Umfange Gebrauch gemacht wird.

**Die beiden Chemnitzer Gewerbe-Inspektionen** sind in Gewerbeaufsichtsdirektoren umgewandelt worden. Die Gewerbe-Inspektoren Müller und Krüger und die Gewerbeassessoren Eschenbach und Köhler wurden zu Gewerbeinspektoren ernannt.

**Bernsdorf i. G.** (Ertappte Einbrecher.) Bei dem Wirtschaftsbefizer Guido Wüthler sind nachts 2 Kübner geklaut und ein Schwein zu fehlen verurteilt worden. Letzteres war bereits durch Diebstahl gefressen, doch ist der Dieb durch das Schreien des Tieres erwischt und nach dem Stalle geführt, wo er 3 Männer erblickte, die die Nacht ergriffen. Er hat eins davon erkannt. Dessen ist es aber gelungen, unter Zurücklassung seines Jacketts ebenfalls zu entkommen. Die Einbrecher haben ein Schwertmesser mitgeführt, das dem Wüthler ebenfalls zugehört. Das Jackett ist von grüner Farbe. Ein gläserner Einbruch ist bei der Gutsbesitzerin Sonntag hier verübt worden, wo ebenfalls 3 Diche ein Schwein geklaut haben und darauf verurteilt wurden.

**Freuden.** Das Ministerium des Innern beauftragte durch Verordnung, daß bei den Verwaltungsbehörden Beamtenausweise gebildet werden können. Der Behördenvorstand hat den Ausweis vor allgemeinen Anordnungen über den inneren Dienstbetrieb gutachtlich zu hören. Die Ausweise haben das Recht, dem Behördenvorstand in allen Angelegenheiten, welche den Beamten gemeinsam sind, Anregungen zu geben. Berichte über die Führung der Beamten sind ihnen vor dem Verfaß vorzutragen und können berichtigt werden. Die anderen Ministerien haben sich im Prinzip zu der gleichen Maßnahme entschlossen.

**Gainichen.** Große Getreidehiebungen wurden hier aufgedeckt. Die Vermittlerin, eine Schankwirtin in Ottendorf wurde verhaftet. Die Frau stand mit mehreren Geschäftleuten in Chemnitz u. Freuden in Verbindung, denen sie Weizen und Roggen vermittelte. Das Getreide wurde von Landwirten zugeführt, die sich den Zentner mit 50 Mark bezahlen ließen.

**Johanngeorgenstadt.** Die tschechische Besetzung bringt von Marienbad kommend über Starkbad weiter der Grenze zu. Verschiedene Grenzstädte, wie Blatten, Bäringen, Albersham, Kauder, Mich, Reichen, Binnwald usw. wurden von den tschechischen Truppen besetzt.

**Leipzig.** Auf der Fahrt nach der Heimat aus dem Eisenbahnzuge gestürzt ist der 18jährige Sohn des Malermeisters Krause hier. Ihn mußten beide Unterhändler abgenommen werden.

**Leipzig.** (Mordtat an einem Leipziger.) In der Nacht zum 17. Dezember ist der Kaufmann und Fabrikbesitzer Karl Weith aus Leipzig-Ludonau in Brandroda, wo er zu Weith in seinem Elternhause war, von einem Einbrecher erschossen worden. Der Mörder ist unerkannt entkommen.

**Niederwiesau.** Einen schnellen Tod fand das bei Gutsbesitzer Aglen bedienstete Dienstmädchen Klara Seher aus Chemnitz. Das Mädchen war bemüht, Gänse aus einem Teiche zu treiben, rutschte ab und fiel ins Wasser. Obwohl sofort Hilfe zur Stelle war, blieben alle Wiederbelebungsvorhänge erfolglos.

**Stollberg.** Ein dreifacher Diebstahl wurde im Geschäft des Mühlenbesizers Ernst Mühlhies hier ausge-

führt. Dort stahl man aus der Durchfahrt ohne jedes Aufsehen 3 Pferde, die vom Landsturmataillon 19 XIX dort untergebracht waren, aus dem Stalle.

## Bankhaus Bayer & Heinze,

Lichtenstein-Callenberg,  
Badergasse 6.

Hauptgeschäft Chemnitz Schwesternstraße Burgk 44

## Stahlkammer

unter Mitverschluss der Mieter.

Kleine Fischer 3.— Mk. jährlich.

### Schwere Straßenkämpfe in Berlin.

Eine tiefe Sehnsucht nach Ruhe und Ordnung geht durch das deutsche Volk. Aberhalb Monate sind verfloßen, seit wir uns unseren Feinden auf Gnade und Ungnade ergeben haben, und nun möchten wir endlich wissen, woran wir sind. Wir möchten endlich an die unruhige Arbeit gehen können, aus den Trümmern des alten ein neues Leben zurechtzuzimmern. Aber Berlin sorgt dafür, daß auch in dies erste Weihnachtsfest jenseits des mörderischen Wassenlärms das Rasseln der Maschinengewehre und der Aufschlag der Granaten tönt. Blutspitzer vom Bürgerkrieg heften am Friedensfest des Jahres 1918.

Die Differenzen, die schon seit einiger Zeit zwischen den in Berlin weilenden Matrosen und dem Stadtkommandanten Wels bestehen, haben Montag abend zu einem ersten Zusammenstoß geführt. Den Matrosen ist von dem Kommandanten neulich die Löhnung mit der Begründung vorenthalten worden, daß sie schon leghin sich auflösen und in ihre Heimatgarison zurückkehren wollten. Die Matrosen ihrerseits drängten nun wiederholt auf Zahlung rückständiger Löhnung. Als Montag vormittag wiederum eine Kommission bei dem Kommandanten vor sprach, forderte dieser die Uebergabe der Schlüssel zum ehemaligen Kaiserhof. Diese wurde von den Matrosen verweigert. Wegen der Löhnung wurde ihnen erklärt, sie würden sie nach Ankunft in der Heimat ausgezahlt erhalten.

Ob daraufhin seitens der Matrosen ein Beschluß zu planmäßigem Vorgehen gefaßt worden ist, ließ sich nicht feststellen. Soviel steht fest, daß Montag nachm. gegen 5 Uhr zuerst ein Trupp Matrosen das Reichskanzlerpalais besetzt und sodann nach der Kommandantur zog, um gegen diese gewaltsam vorzugehen. Punkt 6 Uhr kamen aus der Oberwallstraße, der Charlottenstraße und über die Schloßbrücke Truppen von Matrosen, Karabiner auf Schulter, und strebten der Stadt-Kommandantur, dem Sitz des Kommandanten Wels, entgegen. Die Linden wurden von der Charlottenstraße, bis zur Schloßbrücke, ebenso wie der Lustgarten der Dom und die Königstraße abgesperrt. Vor der Kommandantur nahm eine große Zahl Matrosen Aufstellung. Auf Veranlassung des Stadtkommandanten erfolgte Alarmierung der republ. Soldatenwehr u. Sicherheitsgarben. Die Führer dieser Abteilungen rückten mit Maschinengewehren sofort auf die Straße. Gleichzeitig wurden die Soldatenräte der Berliner Garnison verständigt, die auf Lastwagen je eine Kompanie in Marsch setzten. Bevor diese Truppen eintrafen, hatten die Matrosen ihr Vorhaben erreicht. Unter dem Ruf: „Nieder mit Wels!“ waren 10 Matrosen in die Kommandantur eingedrungen und hatten Wels, Lt. Fischer und Dr. Bongartz gefangen genommen. Auf der Straße wurden die Verhafteten von den Matrosen in die Mitte genommen, und der ganze Trupp zog nach dem Marstall, den die Matrosen besetzt hatten. Inzwischen waren von der Kommandantur aus 2 Panzerwagen mit Maschinengewehren sowie mehrere Personenzüge, auf denen man Maschinen-Gewehre gesichts-mäßig aufgebaut hatte, hinausgeschickt worden und hatten Aufstellung genommen. Plötzlich kam von der Charlottenstraße her ein Lastwagen, der nicht zur Kommandantur gehörte und der auf der rechten Seite der Linden langsam auf die Kommandantur zufuhr. Die Postketten der Matrosen riefen dem Führer zu, er möge halten und versperren ihm mit vorgehaltenem Gewehr den Weg. Der Führer ließ sich jedoch nicht beirren und fuhr weiter. Die Matrosen eröffneten darauf mit ihren Karabinern ein Schnellfeuer auf das Auto. Nach etwa 100 Schuß wurde auf dem Lastwagen ein Maschinengewehr sichtbar, das seinerseits das Feuer auf die Matrosen richtete. Während der ersten Schüsse bog aus der Charlottenstraße ein Panzerwagen in die Linden ein und eröffnete ein Schnellfeuer auf die Matrosen. Von den vor der Kommandantur stehenden Posten wurden 1 Matrose getötet und 3 schwer verletzt. Bis auf weiteres übernahm der Vorsitzende des Berliner Volksgarates, Molkenbuhr, das Amt des Stadtkommandanten.

Auf die Meldung von der Festnahme des Kommandanten Wels und seiner beiden Begleiter trat der Fürsorgeauschuß der republ. Soldatenwehr zusammen. Eine Abordnung begab sich zum

Volkbeauftragten Ebert, um weitere Maßnahmen zu erfragen. Nach kurzer Beratung mit den übrigen Volksbeauftragten begab sich Molkenbuhr mit der Deputation zum Soldatenrat der republ. Soldatenwehr. Um 10 Uhr traten die Vertreter der Marine mit denen der Soldatenwehr zusammen. Nach mehrstündigen Verhandlungen ist es verschiedenen Blättern zufolge gelungen, eine Einigung dahin zustande zu bringen, daß die rückständigen Löhnung in Höhe von 80000 Mark ausgezahlt wird und daß die Marineteilung auch in Zukunft bestehen bleibt. Hingegen hat sich diese verpflichtet, die drei Verhafteten sofort wieder auf freien Fuß zu setzen, ferner bis Dienstag früh 7 Uhr das Schloß zu räumen und die Schlüssel der Regierung zu übergeben. Herr Wels und seine beiden Begleiter wurden vorerst nicht aus der Haft entlassen. Es wird behauptet, daß in den ersten Nachtstunden die Matrosen in einer Beratung beschloßen, die Zusagen nicht zu erfüllen, sondern es auf einem Kampf ankommen zu lassen.

Die Vorgänge am Dienstag. Darauf hin rückten in den ersten Morgenstunden des Dienstag Gardetruppen, die sich des Marstallgebäudes bemächtigen sollten, mit Artillerie heran. Nach den bisherigen, ziemlich unklaren Meldungen soll zuerst von den Matrosen in der Annahme geschossen worden sein, es handele sich um eine Gegenrevolution königstreuer Truppen. Hierauf setzte Artilleriefeuer ein, das eine verheerende Wirkung zur Folge hatte. Gleichzeitig traten auch die Maschinengewehre der Regierungstruppen in Tätigkeit. Während dieser Kämpfe rückten von allen Seiten immer neue Verstärkungen der republikanischen Soldatenwehr und der Sicherheitspolizei heran. Auch sammelte sich überall viel Volk an und überall tauchten Leute auf, die heftige Brandreden gegen die Regierung zugunsten der angeblich bedrängten Matrosen und für Liebknecht und Rosa Luxemburg hielten. Die Spartakusleute waren eifrig an der Werbearbeit. Meist hatten sie aber kein Glück, sondern wurden gebührend abgefertigt. Kurz nach einhalb Uhr wurde eine Gruppe von Parlamentären zu den Matrosen entsandt, die Einlaß fand und mit ihnen in Verhandlungen trat.

Es wurde eine Einigung dahin erzielt, daß der Volksmarine division 80000 Mk. ausgezahlt werden, daß weiter allen Angehörigen der Division völlige Straffreiheit (1) zugesichert wurde, daß hingegen die Division sofort die Waffen niederlegen und das Schloß räumen müsse. Weiter wurde vereinbart, daß alle Angehörigen der Division, die nicht in Berlin beheimatet sind, die Stadt innerhalb 48 Stunden verlassen. Gleichzeitig wurde die sofortige Freilassung von Wels, Fischer und Dr. Bongartz zugesichert. Bald nach 10 Uhr waren diese Verhandlungen beendet und Wels und seine Begleiter verließen unter starker Bedeckung der Sicherheitswehr den Marstall, in dem sie seit Montag nachmittag gefangen gehalten waren und wurden vorläufig nach der Universität geleitet. Während der Verhandlungen war auf beiden Seiten das Feuer eingestellt worden und um 10 Uhr wurden die Geschütze zurückgenommen.

### Noch immer Unruhen in Berlin.

Die obigen Vorgänge veranschaulichen so recht die Ohnmacht der jetzigen Regierung. Anstatt die Meuterer der gebührenden Strafe zu überweisen, läßt sie sich vergewaltigen von Terroristen und Unruhestiftern und verhandelt dann mit ihnen mit dem Erfolge, daß die Matrosen ihre Forderungen glatt durchsetzen. Die Folgen der Schreckensherrschaft der Matrosen sind: das Schloß und der Marstall wurde zerstört, und 70 Tote zählen allein die Meuterer. Die Folgen solcher Vorgänge sind, daß jeder vernünftige Mensch, der es versteht eine Anzahl von Gleichgesinnten um sich zu sammeln, die Erfüllung auch der ungerechtfertigsten Forderungen zu erzwingen versuchen wird; denn nichts reizt mehr zu Gewalttaten als die Erkenntnis, daß ihnen Erfolg beschieden ist. Und so werden wir, dank der neuen Art, zum Gespött der Ausländer. Sogar der „Barwärts“ ist nicht mehr sicher. Er wurde am Nachmittag des ersten Weihnachtstages im Anschlusse an Versammlungen von Demonstranten besetzt, die mit seiner Haltung unzufrieden waren. Das zum Schutze dort befindliche Jägerkommando wurde von der eingedrungenen Masse, unter der sich natürlich auch Matrosen und auch ziemlich viel Mitglieder der republikanischen Soldatenwehr befanden haben sollen entwaffnet und das Panzerauto weggeführt. Zu Blutvergießen kam es nicht. — Traurige Volksgewaltensherrschaft!

### Kirchennachrichten für Lichtenstein.

Sonntag, nach Weihnachten, den 29. Dezember, vormittags 9 Uhr Gottesdienst mit Abendmahlsfeier (Koch). — Nachmittags 4 Uhr im „Goldenen Helm“: Kirchengemeinde-Versammlung (Annahme von Kirche und Staat und die Zukunft des Religionsunterrichts.)

### Kirchennachrichten für Nödlitz.

Sonntag, den 29. Dezember, vormittags 9 Uhr Predigtgottesdienst. — Nachmittags 6 Uhr Abendmahlsfeier.

# Deutsche Männer und Frauen!

Unser festgefügtes Staatswesen, in dem Ruhe und Ordnung herrschten und in dem friedliche Arbeit gedieh, ist zusammengebrochen. Die Macht im Staate ist in den Händen einer Volksklasse, die alles umzustürzen im Begriff steht, was die Mehrheit des übrigen Volkes bisher für die sichersten Grundlagen unseres Daseins angesehen hat, und die Machthaber haben bisher nicht gezeigt, daß sie im Stande sind, Sicherheit für Leben und Eigentum überall zu gewährleisten und geordnete Zustände herbeizuführen.

So kann es nicht weitergehen. Wenn der Zusammenbruch bisher noch nicht völlig gekommen ist, verdanken wir dies einzig und allein der Einsicht des Bürgertums und dem treuen Ausharren der von der früheren Regierung eingesetzten Beamtenschaft.

Wer den Wunsch hegt, daß unter Anpassung an die neuen Forderungen des Tages dasjenige vom alten System, was sich bewährt hat, erhalten bleibt, der trete der

## Deutschnationalen Volkspartei

bei, deren Richtlinien die folgenden sind:

1. Wir fordern Gleichberechtigung Aller, des halb Beseitigung jeglicher Klassenherrschaft.
  2. Wir wollen ein neues freies Deutschland aufbauen aus eigener Kraft, nicht im Vertrauen auf das Wohlwollen unserer bisherigen Gegner. Wir lehnen es ab, unsere inneren Verhältnisse nach Wünschen des Auslandes oder internationaler Gesellschaften zu ordnen.
  3. Wir lehnen es ab, unser Staats- und Wirtschaftsleben nach den Vorschriften sozialistischer Lehren einzurichten, den Grundbesitz einzuziehen und alle Produktionsmittel in Gemeinbesitz zu überführen, das heißt dem Handwerker sein Handwerkszeug, dem Bauern sein Land und sein Vieh, dem Fabrikbesitzer seine Fabrik, dem Kaufmann sein Geschäft zu nehmen. Dadurch würde jede Freude am selbstverworbenen und erbten Besitz, jede Lust am selbständigen Schaffen getötet. Dagegen fordern wir vom Staate und privaten Großgrundbesitz die Abgabe von soviel Land, wie nötig ist, um eine großzügige Ansiedelung von Kriegsteilnehmern zu ermöglichen.
  4. Wir fordern stärkste Heranziehung großer Vermögen zu den öffentlichen Lasten und schärfste Erfassung der Kriegsgewinne.
  5. Wir lehnen es ab, unsere Jugend ohne religiöse Unterweisung erziehen zu lassen und dadurch völliger Verwilderung preiszugeben.
  6. Wir lehnen es ab, der Kirche den Schutz des Staates zu entziehen.
- In freier Entfaltung aller Kräfte, nicht in sozialistischer Zwangswirtschaft sehen wir das Heil unseres Vaterlandes.

### Der vorläufige Ausschuss der Ortsgruppe Glauchau der Deutschnationalen Volkspartei:

Pfarrer Baldeweg, Remse,  
Gemeindevorstand Bauch, Uhlmannsdorf,  
Geh. Justizrat Berndt, Glauchau,  
Geschäftsführer Börnig, Kersch,  
Gutspächter Ehrig, Niedermülsen,  
Gutsbesitzer Erler, Weidensdorf,  
Privatus Heinig, Jerisan,  
Benno Jahr, Reinholdshain,  
Rittergutsp. Carl Kerschmar, Remse,  
Rittergutbes. Oswin Kühn, Oberwiera,  
Gemeindevorstand Leithold, Zettau,

Gemeindevorstand Naumann, Rothenbach,  
Schmiedemeister Pegold, Grumbach,  
Kommerzienrat Pfeffertorn, Hohenstein,  
Frau Hedwig Schnabel, Remse,  
Priv. August Schmidt, Niederlungwitz,  
Gutsbesitzer Schubert, Falken,  
Gemeindevorstand Schwarzenberg, Gesau,  
Schmiedemeister Steinert, Remse,  
Viktor Strübell, Glauchau,  
Gutsbesitzer August Zeit, Kleinchursdorf,  
Pastor Zöllner Glauchau.

### Tanz-Unterricht!

Vielfach geäußerten Wünschen nachzukommen, beabsichtige ich,

**Mitte Januar**

einen TANZ-KURSUS zu eröffnen und teile dies der geehrten Jugend v. Lichtenstein-C. u. Umgebung hierdurch mit. Gelehrt werden alle der Neuzeit entsprechenden

**Tänze, Reigen, Contre und Quadrille.**

Auch ehemalige Tanzscholaren lade ich hierzu herzlichst ein, um gelehrte Tänze wieder aufzufrischen. Näheres später! Anmeldungen nimmt schon jetzt gern entgegen

hochachtungsvoll **Ernst Klüglichs,**  
Aeussere Hartensteiner-Str. i. H. d. Herrn Dachdeckermeister, Barthel  
— Honorar billig! —

### Tanz-Unterricht.



Den geehrten Familien von Hohndorf u. Umg. zur gefälligen Kenntnis, daß ich Freitag, den 3. Januar abends 7/9 Uhr im Gasthof „Deutsches Haus“ einen

#### Tanz-Kursus

für alte und feine moderne Tanzweise zu eröffnen gedenke. Einer regen Teilnahme sieht freundlichst entgegen

Hochachtungsvoll  
**Fr. Arthur Kratzschmar,**  
Tanzlehrer

### Ein jüngerer Bäckergehilfe

wird gesucht. Wo? an erf. in der Gesch. d. B. B.

### Verloren

wurde eine **Korallenkette.** Gegen gute Belohnung abgegeben in der Gesch. d. B. B.

Guterhaltenes **Tafelklavier** zu verkaufen. Zu erf. in der Geschäftsstelle d. B. B.

Eine **Landauer-Kapfel** auf dem Wege von Drossdorf nach Hohenstein verloren gegangen. Gegen gute Belohnung abgegeben in der Gesch. d. B. B.

**Deutsche Demokrat. Partei.** Erste Sonnabend, den 28. Dezember abends 8 1/2 Uhr

**Mitglieder-Versammlung** im Speitzimmer Hotel Goldner Helm.

Tageordnung: Stadtverordnetenwahl, Kandidatenliste.

Wir bitten um recht zahlreichem Besuch, zumal der Wichtigen unserer Mitglieder.

Deutsche Demokrat. Partei, Ortsgruppe Wächtersheim C.



Sonnabend u. Sonntag, den 28. u. 29. Dezbr. Ein sehr reichhaltiges, extrafeines Programm Die berühmte Tänzerin

### Die Verräterin.

Wie man Jura studiert. Ein tolle Humoreske. Groteske.

Einer der sehr gern gesehenen Trickfilms. **Die Maniküre.** Zum Totlachen.

**Fliegerschiessen der Gebirgsartillerie in den Alpen.** Hochinteressant. Um recht zahlreichen Besuch bittet hochachtungsvoll **Rudolf Lässig.**

Drucksachen aller Art „Sagenblatt“-Druckerei. Herfertigt die